

Antrag

**der Abgeordneten Cansu Özdemir, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Martin Dolzer, Norbert Hackbusch, Inge Hannemann, Stephan Jersch,
Christiane Schneider und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

zu Drs. 21/7982

Betr.: Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Raum und auf Großveranstaltungen wirksam bekämpfen

Der Senat hat ein Konzept zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Menschenhandel, Gewalt in der Pflege (Drs. 20/10994) erarbeitet und im Februar 2014 vorgelegt. Nach drei Jahren besteht jedoch der Bedarf, das Konzept weiterzuentwickeln.

Die aktuelle Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) weist aus, dass die Fälle der Beleidigungen auf sexueller Basis im Jahr 2016 um 507 (+54,5 Prozent) auf 1.438 Fälle angestiegen sind. Gründe hierfür sind laut LKA eine gestiegene Sensibilität in der Folge umfassender Berichterstattung zu den sogenannten Silvester-Übergriffen sowie die Anzeigen aus der Silvesternacht selber.

Im März 2016 startete eine selbstgestaltete, sehr erfolgreiche Plakat-Kampagne der Hamburger Kooperation des Notrufs für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. mit den Sportlerinnen der Harbor Girls des FC St. Pauli Rollerderby. Über vier Wochen machten Plakate und Mitnahme-Postkarten im Hamburger öffentlichen Leben auf das sexuelle Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen aufmerksam. Beim diesjährigen Vereinswettbewerb des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) „Starke Netze gegen Gewalt 2016“ wurde die Plakat-Aktion mit dem zweiten Platz geehrt.

Ein gestiegenes Gefühl der Unsicherheit, insbesondere von Frauen und Mädchen, kann nicht hingegenommen werden; unabhängig davon, ob die Gefahr, Opfer eines sexualisierten Übergriffs zu werden, real gestiegen ist oder nicht. Jede Form der sexualisierten Gewalt ist ausnahmslos zu bekämpfen. Frauen und Mädchen müssen gestärkt werden.

Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. den „Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“ in Zusammenarbeit mit den relevanten Akteurinnen und Akteuren im Opferschutzbereich am Bedarf orientiert weiterzuschreiben. Ergänzt werden soll er insbesondere um
 - a. wirksame Maßnahmen zum Schutz von Frauen vor sexualisierter Gewalt auf Großveranstaltungen, im öffentlichen Raum und in Clubs, Bars und Diskotheken.
 - b. Maßnahmen zum Abbau von Barrieren für Opfer sexualisierter Gewalt beim Zugang zu ihren Rechten.
2. den unverzüglich interessierten Kneipen- und Clubbesitzer/-innen bei der Erarbeitung von Sicherheits- und Awareness-Konzepten ein interdisziplinäres Team von

Experten/-innen der Polizei und der Frauenberatungsstellen für das Thema Sicherheit vor sexuellen Übergriffen zur Verfügung zu stellen.

3. die Hamburger Kooperation des Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. mit den Sportlerinnen der Harbor Girls des FC St. Pauli Rollerderby bei einer Neuauflage ihrer erfolgreichen Plakat-Kampagne finanziell zu unterstützen.
4. im Jahr 2017 gemeinsam mit Polizei, Beratungsstellen, Kneipen- und Clubbesitzern/-innen und der Justiz eine öffentliche Kampagne auf dem Kiez, dem Jungfernstieg und anderen neuralgischen Punkten, aber auch in den öffentlichen Verkehrsmitteln und digital über die sozialen Medien zu entwickeln, um das öffentliche Bewusstsein für die Problematik zu erhöhen und Betroffenen Ansprechpartner/-innen und Hilfen niedrigschwelliger zu vermitteln. Deren Ziel soll sein, deutlich zu machen, dass ein unverrückbarer politischer und gesellschaftlicher Konsens besteht, nach dem die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen unantastbar ist und alles, was dem zuwiderläuft, eine strafbare Handlung darstellt. Auch soll die Kampagne Hemmungen vor der Anzeige einer Tat nehmen. Um die Wirksamkeit zu überprüfen, wird diese Maßnahme evaluiert und in angemessener Zeit ein Bericht an die Bürgerschaft vorgelegt.
5. das Thema „Gewalt gegen Frauen“ auch außerhalb des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen (25. November) in der Öffentlichkeit zu thematisieren.
6. der Bürgerschaft hierzu bis zum 30. Juni 2017 zu berichten.